

## **Initiativantrag**

### **der unterzeichneten Abgeordneten des Oberösterreichischen Landtags betreffend Klares NEIN zu den Ausbauplänen für Mini-Atomkraftwerke in Temelin**

**Gemäß § 25 Abs. 6 der Oö. Landtagsgeschäftsordnung 2009 wird dieser Antrag als dringlich bezeichnet.**

#### **Resolution**

Die Oö. Landesregierung wird ersucht, sich bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass gegen die laut gewordenen Überlegungen hinsichtlich einer AKW-Offensive betreffend den Bau kleinerer Reaktorblöcke an der Grenze zu Oberösterreich deutlich Protest eingelegt wird.

#### **Begründung**

Die Energiegewinnung aus Atomkraft stellt ein höchst gefährliches, unkalkulierbares Risiko für Umwelt und Mensch dar. Dies zeigen sowohl mehrere schwerwiegende Unfälle in den vergangenen Jahrzehnten als auch die nach wie vor ungelöste Problematik der Endlagerung der radioaktiven Abfälle, welche die Lasten der Entsorgung auf unzählige zukünftige Generationen verschiebt. Die tschechischen Pläne, das AKW Temelin um weitere zwei Reaktoren zu erweitern durch Atom-Minikraftwerke, die nicht erprobt genug sind und keinesfalls eine nachhaltige Lösung für saubere Energie sind, dürfen nicht unter dem Vorwand des Klimaschutzes errichtet werden.

Nachhaltigkeit bedeutet so zu wirtschaften, dass zukünftige Generationen gesichert leben können und diesen kein Schaden zugefügt wird. Nach dieser Definition ist die Atomkraft keine nachhaltige Energieform. Investitionen in die Atomkraft sind ein teurer energiepolitischer Irrweg. Anstrengungen, in nachhaltige und umweltfreundliche Energiegewinnungsarten, wie Wasserkraft, Photovoltaik und Windkraft zu investieren, werden behindert.

Wir dürfen nicht hinnehmen, dass unter dem Mantel des Klimaschutzes nun die Kernenergie wieder ausgebaut werden soll. Die Antwort auf den Klimawandel kann nicht Kernenergie, sondern nur der Ausbau alternativer Energieformen sein. Die Abkehr von der Atompolitik hat die österreichische Bevölkerung bereits vor Jahrzehnten beschlossen und die Vertreter der Bundes- und Landesregierungen erinnern durch regelmäßige Resolutionen und gemeinsame Erklärungen daran. Wir erwarten daher, dass diese Entscheidung auch von unseren Nachbarländern, insbesondere Tschechien, respektiert wird. Wir fordern die tschechische Regierung auf, auf die oberösterreichischen Interessen und Rechte Rücksicht zu nehmen und ihre AKW-Bauoffensive sofort einzustellen.

Linz, am 8. November 2022

(Anm.: ÖVP-Fraktion)

**Rathgeb, Dörfel, Oberlehner, Stanek, Ecker, Mader, Raffelsberger, Aspalter, Zehetmair,  
Naderer, Scheiblberger, Lengauer**

(Anm.: FPÖ-Fraktion)

**Mahr**